

Keine Ersatzregelung bei Mutterschutz

Parlamentarismus-Experte sieht nur „politische Fairness“ als möglichen Ausweg

Abstimmung. Das Patt bei der Abstimmung über die ORF-Reform im Bundesrat hat eine Diskussion wieder aufflammen lassen: Wie geht man damit um, dass Politikerinnen im Mutterschutz bei den Sitzungen fehlen? Immer wieder hat es Vorstöße gegeben, für solche Fälle Vertretungsregelungen zu finden – bisher ohne ein Ergebnis.

Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, glaubt auch nicht daran, dass es da Sonderregeln geben könnte. Grundsätzlich gilt eine Politikerin im Mutterschutz als entschuldigt. Für die jeweilige

Fraktion bedeutet es, dass sie in dieser Zeit bei Sitzungen eine Stimme weniger hat. Und bei knappen Entscheidungen auch unterliegen kann.

„Es scheint momentan eine Fairness in der Politik kaum möglich zu sein“

**Werner Zögernitz
Parlamentarismus-Experte**

Deswegen ist immer wieder der Vorschlag gekommen, für die Zeit des Mutterschutzes eine Vertretung nominieren zu können. Jemanden, der bei der Wahl

auf der Kandidatenliste einer Partei zu finden ist. Für Zögernitz ist dieser Vorschlag „nicht aktuell“.

Und weiter: „Letztendlich will diese Idee niemand. Wer geht schon gerne aus dem Parlament wieder hinaus, wenn eine Politikerin nach dem Mutterschutz auf ihren Platz zurückkehrt.“

Keine Abkommen mehr

„Als die Politik im Parlament noch freundlich war“, habe es solche Probleme nicht gegeben, sagt Werner Zögernitz. Da habe in manchen Fällen die Opposition selbst die Zahl ihrer Abgeordneten bei Abstimmungen reduziert, damit ein

Mutterschutz nicht zu veränderten Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat oder im Bundesrat führt. Da wäre auch akzeptiert worden, wenn solche Politikerinnen bei anderen offiziellen Auftritten vertreten werden konnten. Werner Zögernitz: „Es scheint aber momentan eine Fairness in der Politik nicht möglich zu sein.“

Für die Grünen ist klar, dass da etwas getan werden müsse. „Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, braucht es auch in diesem Berufsfeld entsprechende Karenzregelungen, die es bislang nicht gibt“, heißt es aus dem Klub der Grünen. **MAG**